

Saarländische Armutskonferenz kritisiert geplante Verschärfungen der Sanktionen im Bürgergeld

von Redaktion Saarnews 17. April 2024



Symbolfoto

Die Saarländische Armutskonferenz (SAK) e.V. hat deutliche Kritik an den geplanten Verschärfungen der Leistungsminderungen im Bürgergeld geäußert. Die Organisation stellt klar, dass derartige Maßnahmen die gesellschaftliche Teilhabe von Menschen im Bürgergeld-Bezug erheblich einschränken und basierend auf der fehlerhaften Annahme erfolgen, dass die vorhandene Unterstützung die Motivation zur Arbeitsaufnahme mindere.

Laut SAK sind diese Vorstellungen nicht nur falsch, sondern auch schädlich, da sie zu populistischen Debatten führen, die arme Menschen diskreditieren und der Demokratie nicht dienlich sind. Die Armutskonferenz appelliert an die saarländische Landesregierung, sich im Bundesrat aktiv mit diesem Thema zu befassen und die saarländischen Bundestagsabgeordneten dazu aufzurufen, ihren Einfluss im Bundestag geltend zu machen, um die geplanten Verschärfungen zu überdenken.

Die Arbeitsgruppe Bürgergeld der SAK hat einen Kommentar veröffentlicht, der die fehlerhaften Annahmen, die den geplanten Verschärfungen zugrunde liegen, widerlegt. Die Organisation fordert eine sachliche Auseinandersetzung mit dem Thema und betont, dass der Respekt vor der Lebenssituation betroffener Menschen oberste Priorität haben muss.